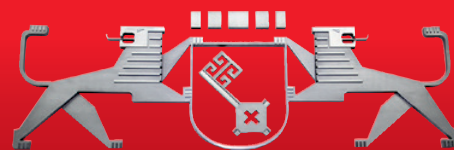




PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 15. DEZEMBER 2020



ANTRAG **BÜRGERSCHAFT VERURTEILT VORFÄLLE BEI BREMER FEUERWEHR**

Die kürzlich bekannt gewordenen Vorwürfe bei der Bremer Feuerwehr waren heute das Thema einer Aktuellen Stunde. Bei der Feuerwehr soll es zu Chats mit rechtsradikalen Inhalten, zu Mobbing und Diskriminierung gekommen sein. In einem Antrag, den die rot-grün-rote Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion eingebracht hatte, verurteilte das Parlament die Geschehnisse scharf und fordert Aufklärung. Um solche Vorfälle künftig zu verhindern, sollen dabei auch die Strukturen untersucht und verbessert werden, und dazu soll der Polizeibeauftragte bis auf Weiteres auch die Zuständigkeit für die Feuerwehr erhalten.

Empört zeigte sich in der Debatte auch der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit. „Eines muss deutlich gesagt werden: Uns als SPD-Fraktion tun all jene leid, die als Teil unserer Feuerwehr Unrecht, Verletzung, Beleidigung oder seelisches Leid erfahren haben“, sagte er, „Ich glaube, ich kann für uns alle sprechen, wenn ich sage: Wir alle waren angeekelt, als wir erfahren haben, wie einige Feuerwehrmänner radikale Gewaltfantasien gegen eine Kollegin in



Kevin Lenkeit

der Banalität einer geselligen Runde am Esstisch geteilt haben. Und dabei auch noch in menschenverachtenden Kommentaren darüber feixten, die Sexualität eben jener Kollegin durch Vergewaltigung ändern

zu wollen. Und wir alle waren auch erschrocken, wie ‚normal‘ das Verschicken von Fotos mit nationalsozialistischem Bezug und sogar das Teilen von Fotos, die deutsche Kriegsverbrechen zeigen, war. Das alles ist inakzeptabel!“

„Ich kann Ihnen versprechen: Wir werden unseren Teil dazu beitragen, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Und ohne dem Bericht der Sonderermittlerin vorgreifen zu wollen, setzen wir mit unserem Antrag heute dafür die Leitplanken“, so Lenkeit weiter.

Lenkeit nutzte seine Rede aber auch, um für Vertrauen in die Feuerwehr zu werben. „Es sind Hunderte anständige Feuerwehrleute und nicht diese Fälle, die für die Feuerwehr stehen – also verlieren Sie bitte nicht das Vertrauen“, appellierte er an alle Bremer*innen und fügte an: „Es ist nicht unsere Aufgabe, über die Feuerwehr zu sprechen oder zu urteilen,

es ist unsere Aufgabe, mit der Feuerwehr zu sprechen. Wir als SPD-Fraktion verschließen unsere Augen nicht vor dem Geschehenen und wir erwarten deutliche strafrechtliche und disziplinarrechtliche Konsequenzen für die Täter. Wir erkennen aber auch, dass die absolute Mehrheit unserer Feuerwehrleute mit Leib und Leben hinter unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung steht, auf welche sie einen Eid geschworen hat. Ihnen liegt Rassismus und Homophobie genauso fern wie uns. Und erschrocken wie wir alle von den Geschehnissen, liegt es jetzt an den anständigen Kolleginnen und Kollegen, die Feuerwehr Bremen zu ihrer Feuerwehr zu machen. Und hierbei haben Sie unsere vollste Unterstützung.“

>Antrag: In der Bremer Feuerwehr darf kein Platz sein für Neonazis, Rassismus, Sexismus und Mobbing
<https://bit.ly/feuerwehr-hb>

DEBATTE **BÜRGERSCHAFT DISKUTIERT STADTENTWICKLUNGSPLAN WOHNEN**

STEP Wohnen – hinter diesem Kürzel verbirgt sich der Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030. Und mit diesem Plan und der gesamtstädtischen Handlungskonzeption, die der Senat damit vorgelegt hat, hat sich heute die Bürgerschaft befasst. „Zu Hause bleiben ist das Gebot der Stunde. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat uns also den Wert der eigenen Wohnung noch einmal verdeutlicht – deswegen ist jetzt ein sehr guter und passender Zeitpunkt, um über den Stadtentwicklungsplan zu diskutieren“, sagte Falk Wagner, Sprecher für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, in seiner Rede.

Die Erarbeitung dieses Plans habe gleichwohl bereits vor der Corona-Pandemie begonnen, so Wagner weiter. Denn gerade Menschen mit kleinem Geldbeutel stünden auf den Wohnungsmärkten deutscher Großstädte vor immer größeren Problemen. „Um dem etwas entgegenzusetzen, brauchen wir einen wohlsortierten Instrumentenkasten. Mit dem STEP Wohnen legt der Senat nun einen solchen vor. Und die dort aufgeführten Instrumente entsprechen dem, was wir im rot-grün-roten Koalitionsvertrag vereinbart haben. Für mich steht also fest, dass sie sehr gut geeignet sind.“



Falk Wagner

Wagner ging in seiner Rede in der Folge auf zentrale Herausforderungen ein – und wie sie mit der nun vorgelegten Konzeption gelöst werden



können. „Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, und dies schaffen wir dadurch, dass wir die Sozialbauquote auf 30 Prozent erhöht haben. Wir schaffen es dadurch, dass wir die Schaffung von mehr als 10.000 zusätzlichen Wohneinheiten als Ziel definiert haben – wozu der Senat in der vergangenen Woche einen Plan vorgelegt hat. Und wir schaffen es dadurch, dass wir einen Bestand von 8.000 Wohnungen mit Sozialbindungen erhalten, was der Senat heute auf den Weg gebracht hat“, sagte er. „Insgesamt kann man also sagen: Beim Thema bezahlbares Wohnen ergibt sich ein rundes Bild. Und als SPD-Fraktion freuen wir uns sehr über diese Fortschritte.“

Wagner weiter: „Ebenso wichtig ist aber, dass wir passenden Wohnraum in allen Segmenten anbieten – für Singles ebenso wie für Familien und für Senioren. Und auch der Faktor Stadtentwicklung ist für

uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen in den Quartieren ein attraktives Umfeld – das heißt funktional und sozial gemischt. Unser Ziel sind Quartiere, in denen man alles und alle findet. Das ist eine hervorragende Leitlinie für eine Stadt, die zusammenhält.“

„Alle diese Herausforderungen zu lösen, ist eine Frage sozialer Rechte, aber auch der finanziellen Lebensgrundlage unseres Stadtstaates – und deswegen ist es nicht nur gerecht, sondern auch nachhaltig und vernünftig“, sagte Wagner abschließend und kündigte an: „Wir bekommen mit dem STEP Wohnen einen guten Instrumentenkasten. Wir müssen ihn aber auch nutzen. Das werden wir als SPD-Fraktion immer wieder fordern und Initiativen für Wohnen in Bremens Quartieren ergreifen: bezahlbar, gut und in der gesamten Stadt.“

MEHR BETREUUNGSZEIT UND NEUE KRITERIEN IN DER KINDERTAGESBETREUUNG

Die Bürgerschaft hat heute eine Änderung des Ortsgesetzes zur Aufnahme von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege beschlossen. Damit wird der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren deutlich erhöht. Und auch die Kriterien für die Platzvergabe werden verändert. Unter anderem sollen nun diejenigen Kinder vorrangig einen Platz erhalten, die eine Bescheinigung vom Amt für soziale Dienste haben.

„Mit dieser Änderung erhöhen wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter zwischen einem und drei Jahren von 20 auf 30 Stunden in der Woche“, erklärte Petra Krümpfer, Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion, am Rande der Bürgerschaft. „Damit erhöhen wir unabhängig von individuell nachgewiesenen Bedarfen die Zeiten, in denen alle Kinder betreut und gefördert

werden können. Und dies ist nicht nur aus pädagogischen Gründen sinnvoll, es hilft auch ganz konkret den Eltern, die diese Kinder nun gemeinsam mit möglichen Geschwisterkindern, die älter als drei Jahre sind, aus der Einrichtung abholen können.“

Wichtige Neuerungen sieht die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion zudem bei den Kriterien, die künftig angelegt werden sollen, wenn es in einer Einrichtung mehr Anmeldungen als Plätze gibt. „Künftig haben diejenigen Kinder Vorrang, bei denen das Amt für soziale Dienste bescheinigt, dass die Förderung in einer Kindertageseinrichtung geboten ist. Das ist absolut



Petra Krümpfer

richtig, denn diese Kinder brauchen dringend die frühkindliche Förderung. Und auf diese Weise gewährleisten wir, dass sie sie auch erhalten und einen Platz bekommen“, betonte sie – und wies auf weitere Neuerungen hin: „Mit den neuen Kriterien finden zum einen Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung stärker Berücksichtigung. Das ist wichtig, damit die Kinder gut auf die Schule vorbereitet und eventuelle Förderbedarfe erkannt und angegangen werden können. Zum anderen legen wir einen stärkeren Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, indem wir Erwerbstätigkeit, aber auch Arbeitssuche sowie Schul- oder Hochschulausbildung als Kriterium berücksichtigen. Und wir tun gezielt etwas für Alleinerziehende, denn auch dies wird künftig ein Kriterium sein. Dies ist ein wichtiger Schritt, denn gerade diese Menschen sind auf eine Kinderbetreuung angewiesen, um Arbeiten gehen oder sich eine Arbeit suchen zu können.“

FRAGESTUNDE **BÜRGERBETEILIGUNG BEI PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG?**

Vor wenigen Wochen hat die Bremische Bürgerschaft einen Kompromiss mit der Bürgerinitiative „Platz da!“ verabschiedet – so soll in innenstadtnahen Stadtteilen eine verstärkte Parkraumbewirtschaftung erfolgen, um den Parkdruck in jenen Quartieren spürbar zu senken. Muhammet Tokmak, SPD-Fraktionssprecher für Bürgerbeteiligung, hat in der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft beim Senat nachgefragt, wie die Bürger*innen der betroffenen Quartiere insbesondere mit Blick auf die Corona-Pandemie den Umsetzungsprozess einbezogen werden, wann und wie diese Beteiligung erfolgen soll und wann die Anwohner*innen auf die Möglichkeit der Beteiligung hingewiesen werden.

Unter der Beteiligung der örtlichen Beiräte solle ein Konzept für die Par-

kraumbewirtschaftung eingeführt werden, berichtete Verkehrssenatorin Maïke Schaefer für den Senat. „Dieses Konzept wird derzeit im Rahmen der Teilstrategie ‚Parken in Quartieren‘ der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025 erarbeitet und abgestimmt“, so Schaefer weiter. Eine Beteiligung der Beiräte sei für das Frühjahr 2021 vorgesehen.



Muhammet Tokmak

Dabei wolle man Videokonferenzen zur Vorstellung des Konzepts und der Erörterung von Fragen mit den Beiräten abhalten, für die Bürger*innen sei eine Online-Beteiligung vorgesehen. Zudem hole man

Stellungnahmen aller Beiräte und entsprechender Träger öffentlicher Belange zu den Maßnahmen des Konzepts ein.

Aktuell setze man zwei Pilotprojekte um. In der östlichen Vorstadt habe man im Rahmen des SUNRISE-Projektes eine Begleitung umsetzen können, für Findorff sei eine Veranstaltungsreihe des Beirats durchgeführt worden, zudem wolle man ab Januar 2021 aktuelle Arbeitsstände der Parkraumuntersuchung mit dem Beirat besprechen. „Sollte der Beirat die Einführung von Bewohnerparken beschließen, werden die Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Teile Findorffs durch Postwurfsendung informiert und sollen die Möglichkeit zur Beteiligung in Straßenbegehungen erhalten“, so Schaefer abschließend.

ANTRAG **TEMPORÄRE LERNGRUPPEN FÜR BESSERE INKLUSION**

„Projekt Übergang“ ist eines von mehreren Projekten, die an Bremens Schulen durchgeführt werden und speziell dazu dienen, Schüler*innen mit erhöhtem sozial-emotionalem Entwicklungsbedarf an ihrem Stammschulen zu fördern. Es setzt dabei unter anderem auf eine temporäre



Gönül Bredehorst

Lernumgebung für die Schüler*innen, aber auch auf eine genaue Verzahnung verschiedener Akteure wie den Eltern, dem Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum (ReBUZ), den Schulsozialarbei-

ter*innen sowie Sonderpädagog*innen. Ein Beschluss der Stadtbürgerschaft hat heute dafür gesorgt, dass derartige Projekte nicht nur weiter bestehen, sondern auch auf andere Grund- und Sekundarstufe-I-Schulen ausgeweitet werden können.

„Inklusion ist ein fortlaufender Prozess, in dem wir ausprobieren, evaluieren und eben auch optimieren müssen, um Verbesserungen zu erreichen“, kommentierte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Gönül Bredehorst, den Antrag am Rande der Bürgerschaftssitzung. In dieser Denklinie sei der beschlossene Antrag ein weiterer wichtiger Baustein. Anschließend führte Bredehorst aus, was das ‚Projekt Übergang‘ so besonders mache: „Das Projekt lebt davon, dass alle

Akteure – also Sonderpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, das ReBUZ, das Amt für soziale Dienste, Eltern und Kinder – miteinander reden und am gleichen Strang ziehen. Das man dem betroffenen Kind mit seinem sozial-emotionalen Förderbedarf den Raum und den Halt gibt, seine Fähigkeiten und Fertigkeiten so auszubauen, dass es im regulären Unterricht in seiner Klasse wieder mitarbeiten kann“. Bredehorst abschließend: „Das ‚Projekt Übergang‘ wurde bereits in Hamburg und Berlin erfolgreich erprobt und wird an 15 Bremer Grundschulen bereits mit Erfolg umgesetzt. Daher ist es folgerichtig, dass wir das Projekt auch auf die Sekundarstufe I ausweiten, damit mehr und auch ältere Kinder von diesem guten Projekt profitieren können“.

SPD-Bürgerschaftsfraktion Wachtstraße 27/29
Land Bremen 28195 Bremen

T. 0421.336770 / **F.** 0421.321120
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.:
Marieke
Meinhart

Redaktion:
Matthias Lüdecke, Phillip Wauter,
Philipp Schrage